

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4743

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4743



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Werte Schweiz

**Beitrag zur
Aufklärung über
die Veränderungen
in unserer
Gesellschaft**

Inhalt

Vorwort	Peter Ruckstuhl
----------------	-----------------

Editorial	Dr. Philipp Gut
------------------	-----------------

1

WHO	Philipp Kruse, Rechtsanwalt, LL.M.
------------	---------------------------------------

Epidemiengesetz	Andrea Staubli, Rechtsanwältin
------------------------	-----------------------------------

Souveränität	Dr. Milosz Matuschek, Jurist und Publizist
---------------------	---

2

Neutralität	Dr. Philipp Gut, Historiker und Journalist
--------------------	---

Wissenschaft und Demokratie	Prof. Dr. Michael Esfeld, Wissenschaftsphilosoph
------------------------------------	---

Die gecancelte Freiheit	Prof. Dr. Michael Meyen, Kommunikationswissenschaftler
--------------------------------	---

3

Direkte Demokratie	Dr. René Roca, Historiker
---------------------------	------------------------------

Soziale Dreigliederung und die Agenda 2030	Fionn Meier, M.A. in Volkswirtschaft
---	---

Das Rahmenabkommen 2.0 – eine kritische Analyse	Dr. Stephan Rietiker, Unternehmer und Präsident von Pro Schweiz
--	---

Eine gedruckte Version dieser Publikation kann gegen einen Unkostenbeitrag von 10 Franken bei Peter Ruckstuhl bestellt werden. Bitte füllen Sie das **Bestellformular** aus und senden Sie es per E-Mail an: peterruckstuhl@me.com

Vorwort

Von Peter Ruckstuhl

Im Mai 2024

Die über viele Jahrzehnte erarbeiteten und gefestigten Werte, die die Schweiz einzigartig machen, werden meines Erachtens zunehmend unterlaufen. Ich erkenne es darum als Notwendigkeit, diese unguten Prozesse offen zu legen und gleichzeitig im Positiven an diese zentralen Werte zu erinnern und sie auf ihre Zukunftsfähigkeit zu prüfen. Mit diesem Ziel habe ich die Initiative für das vorliegende Publikationsprojekt ergriffen. Namhafte Autoren, die in ihrem Fach ausgewiesene Experten sind und klare Meinungen und Werte vertreten, legen ihren Standpunkt dar, um so Voraussetzungen zu einem offenen Diskurs in der Schweiz zu schaffen.

Ich bin überzeugt, dass viele Bürger gut beraten sind, eine gewisse Staatsgläubigkeit abzulegen und wieder mehr Selbstverantwortung zu übernehmen. Vor über 85 Jahren hatte der damalige Bundesrat die Schweizer aufgefordert, dass jeder seinen Beitrag zur geistigen Landesverteidigung beitragen soll. Aktuell gibt es eine ähnliche Situation – und so gilt es diese Not zur Wende mit Erkenntnisarbeit zu ermöglichen. Alt Bundesrat Ueli Maurer hat kürzlich anlässlich einer Veranstaltung in Bern dazu aufgerufen, dass man wieder aufeinander zugehen müsse, um die vorhandenen Gräben zu überwinden. Unsere schweizerische Demokratie braucht diese Form des gegenseitigen Austausches, um stark und lebendig zu bleiben.

Es ist mir zudem ein grosses Anliegen, allen genannten und nicht genannten Mitwirkenden und auch denjenigen, die sich geistig mit dieser Initiative verbunden fühlen, zu danken. Ohne diese Unterstützung wäre es ideell und finanziell nicht möglich gewesen, dieses Projekt zu realisieren. Nicht unerwähnt lassen möchte ich, dass die Graphiker bereit waren, ihre Arbeit pro bono zu leisten. Last but not least möchte ich allen Autoren für ihren engagierten Beitrag herzlichst danken. Dank der Redaktion von Philipp Gut haben wir zudem ein Erzeugnis vor uns, das konzeptionell, inhaltlich und formal sehr professionell daher kommt.

Editorial

Von Dr. Philipp Gut

Die Schweiz ist ein einzigartiges, eigenartiges Land, das lässt sich wertfrei feststellen. Man braucht nur die besondere Rolle der direkten Demokratie ins Auge zu fassen, die dem Souverän – dem Volk und den Kantonen – das letzte Wort gibt. Dank dem Referendumsrecht können Entscheide des Gesetzgebers, der gewählten Volksvertreter, korrigiert werden, wenn diese nicht mehr wirklich das Volk vertreten. Und mit dem Instrument der Volksinitiative können die Stimmbürger jederzeit eigene politische Anliegen vorbringen und sogar die Verfassung ändern. Zum «Sonderfall» Schweiz gehören weiter der Föderalismus, die Neutralität, die Viersprachigkeit, das Milizsystem der Schweizer Armee und das Verständnis eines schlanken Staats, eines Staats der Bürger – und nicht der Obrigkeiten, der Technokraten und Bürokraten.

Letztlich gründet das alles, gründet diese Idee der Schweiz nicht in einem homogenen Nationalstaat, sondern im Willen, so zu sein, wie die Eidgenossenschaft eben ist. Darum spricht man ja von der «Willensnation». Warum schliesst sich das Tessin nicht Italien an? Warum will Genf nicht zu Frankreich gehören? Weil es ihr Wille ist, Teil der Willensnation Schweiz zu sein.

Dass die Schweiz anders und eigen ist, haben wir gesagt, lasse sich wertfrei feststellen. Aber natürlich sind mit dieser Eigenständigkeit auch ureigene Werte verbunden. Alle Elemente des Sonderfalls Schweiz, die wir aufgezählt haben, formen gemeinsam die Willensnation, die Wertgemeinschaft der Eidgenossenschaft.

Im Kern all dieser Werte steht die Freiheit. Der Diplomat und Historiker Paul Widmer pflegt zu sagen: Die Schweiz muss freier sein als andere Staaten, sonst braucht es sie nicht mehr.

Doch diese Freiheit und all die anderen Werte, welche die Schweiz zu dem machen, was sie ist, sind in Gefahr. Paul Widmer beschreibt es in seinem Buch «Die Schweiz ist anders – oder sie ist keine Schweiz mehr» so: «Der Druck von aussen, sich den üblichen Standards anzupassen, steigt. Und die Bereitschaft im Innern, Eigenverantwortung zu übernehmen, lässt nach.» Falls wir hier nicht Gegensteuer geben, könnte das auf das «Ende der historischen Mission der Schweiz» hinauslaufen.

Tatsächlich: Internationale Klubs und Gebilde wie die Europäische Union (EU), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Gruppe der grossen Industriestaaten G7, die Weltgesundheitsorganisation (WHO), aber auch internationale Gerichte wie das Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (Klimaseniorinnen!)

streben – um es neutral zu formulieren – eine Homogenisierung an, welche der Eigenständigkeit der Schweiz und ihres einzigartigen politischen Systems abträglich ist.

Vor diesem Hintergrund stellen wir in dieser Publikation die Frage: Welche Herausforderungen kommen auf die Schweiz und auf ihre existenzgründenden Werte zu? Wo und wodurch sind unsere Souveränität, die Neutralität, die direkte Demokratie oder auch die freie, kritische wissenschaftliche Forschung gefährdet? Können wir noch sagen, was wir wollen? Sind wir überhaupt noch «frei, wie die Väter waren» (Schiller)? Oder werden wir langsam, aber sicher irgendwie immer unfreier?

Wir wollen aber nicht nur Kritik üben, nicht nur schwarzmalen. Wir wollen die Gültigkeit, die Chancen und das Potenzial zentraler Schweizer Werte prüfen und mögliche Mittel und Wege aufzeigen, wie diese Werte in die Zukunft getragen und entwickelt werden können.

Es ist mir als redaktionell verantwortlicher Herausgeber eine grosse Freude und Ehre, dabei auf zahlreiche renommierte Autoren und Fachleute zählen zu dürfen, die zu ihrem Thema etwas zu sagen haben und die sich nicht scheuen, klar und deutlich herauszuschälen, was auf dem Spiel steht – und was wir zu gewinnen haben. Ich danke an dieser Stelle den Autorenkollegen Philipp Kruse, Andrea Staubli, Milosz Matuschek, Michael Esfeld, Michael Meyen, René Roca, Stephan Rietiker und Fionn Meier für ihre exzellenten Beiträge. Vor allem aber danke ich dem Unternehmer Peter Ruckstuhl, der diese Publikation angeregt und ermöglicht hat – zusammen mit vielen anderen Unterstützern.

Wenn wir mit unseren Texten dazu anregen können, die Diskussion über das Modell, die «Antithese» Schweiz – wie es der liberale Historiker Herbert Lüthy formulierte – anzuregen und vielleicht ein wenig zur Besinnung, zur Selbstbesinnung auf das, was unsere Willensnation im Innersten zusammenhält, beizutragen, dann hat dieses kleine Publikationsprojekt seinen Zweck erfüllt.

La Suisse n'existe pas? La Suisse existe! Wir haben es in der Hand.

In diesem Sinne wünsche Ihnen im Namen aller Beteiligten eine inspirierende Lektüre!

Ihr
Dr. Philipp Gut

Ausverkauf der Schweizer Neutralität

Ausverkauf der Schweizer Neutralität



Die Neutralität gehört zu den tragenden Staatssäulen der Schweiz. Doch von innen und aussen wird an ihr gepickelt und gesägt. Auf dem Spiel stehen Frieden, Stabilität und Wohlstand – bei uns und auch in der Welt.

Von Dr. Philipp Gut

Wer hat noch nicht, wer will nochmal? Nach diesem Motto scheinen die Kritiker und Relativierer der schweizerischen Neutralität zu handeln, so zahlreich sind ihre Voten und Vorstösse in jüngster Zeit. Im Zuge des Ukrainekriegs erleben wir geradezu eine Erosion der neutralen Position der Schweiz, die schon zu Beginn des Kriegs schwindelhaft schnell vonstatten ging. Nicht nur die politische Linke, auch die Präsidenten der bürgerlichen Parteien FDP und Mitte, Thierry Burkart und Gerhard Pfister, sprachen sich öffentlich und offen für eine Parteinahme zugunsten der Ukraine aus, bis zur Forderung indirekten Waffen- und Munitionslieferungen an Kiew.

Der Bundesrat übernahm die Sanktionen der Europäischen Union (EU) gegen Russland eins zu eins, sodass im Ausland der Eindruck entstand, die Schweiz habe sich vom Leitkonzept der Neutralität verabschiedet. Die offizielle Schweiz dementierte zwar, aber da Sein immer auch Wahrgenommen-Sein ist, war der Schaden angerichtet. Seither hat der Bundesrat auch keineswegs den Tatbeweis erbracht, dass es anders wäre.

Ganz im Gegenteil. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wird von Schweizer Politikern wie ein Star umworben und durfte sich in einer Videobotschaft, die direkt ins Bundeshaus übertragen wurde, an das Parlament wenden – ein Vorgang mit historischem Seltenheitswert. An der Friedenskonferenz auf dem Bürgerstock, welche die Schweiz ausrichtet, fehlt eine der beiden Kriegsparteien: Russland. Moskau hat die Versuchsanlage schon im Vorfeld kritisiert und mehrfach betont, dass es die Schweiz ebenfalls nicht mehr als neutral betrachte, sondern der Allianz der feindlich gesinnten Länder zuordne.

Anschluss an EU und Nato

Da passt es ins Bild, dass die Schweizer Verteidigungsministerin Viola Amherd (Mitte) eine Annäherung an die Nato anstrebt, wobei sie Unterstützung von verschiedener Seite erfährt. Eine Persönlichkeit wie alt Bundesrat Kaspar Villiger (FDP), beileibe kein linker Armeeabschaffer, sagt: «Ein Staat wie die Schweiz kann sich heute nicht mehr autonom verteidigen.» Sie müsse sich an ein Bündnis anschliessen – und das könne nur die Nato sein.

**Der ukrainische
Präsident
Wolodymyr
Selenskyj wird
von Schweizer
Politikern wie ein
Star umworben.**

Jeder Bürger darf sein Urteil haben.

Man könnte noch viele weitere Aussagen in diesem Stil zitieren, von Politikern, Historikern, Meinungsmachern in den Medien. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie mit beiden Händen an der immerwährenden integralen und bewaffneten Neutralität rütteln, die nicht nur das Selbstverständnis der Schweiz über Jahrhunderte hinweg prägte, sondern für die die Eidgenossenschaft auch im Ausland bekannt und respektiert war. Woher kommen diese sich offensichtlich en vogue befindlichen Angriffe auf die Schweizer Neutralität? Und trifft es zu, was ihre Kritiker mehr oder weniger unisono sagen, dass nämlich die Neutralität nicht mehr zeitgemäss, wenn nicht gar falsch oder unmoralisch sei?

Moral, genauer: Moralismus, ist ein Stichwort, das mir zur Erklärung dieses Phänomens zentral erscheint. Natürlich ist die Motivlage derjenigen, die an der Neutralität sägen, verschieden. Manchen wie dem linken Historiker Jakob Tanner ist sie ein Dorn im Auge, weil sie die Sonderstellung, den Sonderfall Schweiz festigt und so ein Hindernis darstellt für das von ihnen angestrebte Ziel, das Land zu internationalisieren und in supranationalen Gebilden auf- und untergehen zu lassen. «Lassen wir die Neutralität doch mal sein. Treten wir der Uno und der EU bei, und schauen wir dann, was von ihr übrigbleibt», sagte Tanner, Mitglied der Bergier-Kommission, 1999 – in seiner Art entwaffnend ehrlich. Auch heute noch bezeichnet der inzwischen Emeritierte die Neutralität als «Anachronismus».

Die Neutralität «höheren Gesichtspunkten» opfern?

Selbstverständlich gibt es noch immer Kräfte, die ebenso schweizmüde, heimatmüde sind, die Berner Elite sucht nach wie vor den Anschluss an Brüssel, wie etwa das Verhandlungsmandat über einen Rahmenvertrag 2.0 zeigt. Aber die flackernde Anti-Neutralitäts-Stimmung seit dem Ukrainekrieg ist doch, auch wenn sich die Motive überlagern mögen, nicht allein einer solch unverhohlenen Schweiz-Abschaffung auf Raten zu verdanken, sondern eben auch jener Gefühlsaufwallung angesichts des Schocks, dass in Europa plötzlich wieder ein brutaler heisser Krieg wütet. Reflexartig – daher auch die rasende Geschwindigkeit des Ganzen – hat man sich dann auf die Seite des Angegriffenen, der Ukraine, gestellt, im Glauben und in der Überzeugung, so für das Gute, für das Richtige einzustehen.

Die Neutralität, so betrachtet, steht dann automatisch unter Rechtfertigungszwang. Sie steht im Verdacht, gemeinsame Sache mit dem «Bösen» zu machen. Wer auf der Neutralität beharrt, erscheint in dieser Optik potenziell als hartherziger, egoistischer Gewinnmaximierer, als Kriegsgewinnler und «Putin-Versteher», als einer, der riskiert, auf der falschen Seite der Geschichte zu landen. Viele auch im Ausland, das zeigt die empörte Belehrungsrhetorik («willige Helfer des Kreml», massregelte der «Spiegel»), machen kein Hehl daraus, dass sie für eine neutrale Haltung null Verständnis haben.

Hier beginnt nun allerdings ein grundlegendes Missverständnis. Das missionarisch aufgeladene Blockdenken – hier die westliche Einheitsfront der Guten, der Zivilisierten, dort die bösen Barbarenhorden aus dem Osten, die man mit der Neutralität indirekt unterstütze –, verkennt den

In einer Welt,
die auf Konfron-
tationskurs ist,
ist der Nutzen
der Neutralität
auch für Dritte
offensichtlich.

Kern der Neutralitätsidee: Seinen Wert, seinen Nutzen, zieht es ja gerade daraus, dass es über den Fronten, über dem Getümmel steht – «au-dessus de la mêlée», wie es der französische Schriftsteller Romain Rolland im Ersten Weltkrieg formulierte. Schon Edgar Bonjour, Autor eines sechsbändigen Standardwerks zur Geschichte der Schweizer Neutralität, beschrieb, wie diese immer wieder angeblich «höheren Gesichtspunkten» geopfert wurde. Doch erst aus dem Verzicht darauf, erst aus ihrer nüchternen Äquidistanz zu allen kann die Neutralität ihre spezifische Wirksamkeit entfalten.

«Geistige Landesverteidigung» und Gesinnungsneutralität

Die Verächter und Fundamentalkritiker der Neutralität verpeilen in ihrem moralistischen Furor eine unverzichtbare analytische Unterscheidung: Politisch, juristisch, völkerrechtlich neutral zu sein, heisst nicht, dass man auch gesinnungsneutral sein müsste. Jeder Bürger darf sein Urteil haben. Die Gedanken und die Worte sind frei. Im Zweiten Weltkrieg war sonnenklar und für die ganze Welt offenbar, auch für einen Adolf Hitler, der das genervt genug registrierte, wo die Sympathien der Schweizer Bevölkerung lagen. Mit der «Geistigen Landesverteidigung» wurde die Abwehr des Nationalsozialismus gar zu einer umfassenden Lebensaufgabe, zu einer Art Habitus des helvetischen Volkskörpers, um in der Sprache der Zeit zu bleiben.

Wenn es für diese mehr als eindeutige Verteilung der Sympathien und Antipathien noch eines Beweises bedurft hätte, dann war es der überwältigende Empfang, dann war es der Rosenregen, mit dem die Schweizer, die Welschen, die Berner, die Zürcher, den britischen Kriegspremier und Hitler-Widersacher Winston Churchill anlässlich seines Besuchs im September 1946 bedachten, wo er an der Universität Zürich seine berühmte Rede zum Aufbau eines neuen, friedlichen Europa hielt, in dem allerdings die Briten und die neutralen Schweizer nur als wohlwollende, aber eigenständige Beobachter dabei sein sollten.

Die Neutralität als politisch-juristische Kategorie bezieht ihre Legitimität hingegen gerade nicht aus einer solchen Perspektive der Zustimmung oder Ablehnung, nicht aus einer parteinehmenden Gesinnung heraus, sie immunisiert sich vielmehr dagegen – und dies wiederum nicht aus Gefühllosigkeit, sondern aus einer gewissen verantwortungsethischen Weitsicht, welche nicht den individuellen und kollektiven Moralinhalt, sondern die Folgen einer Haltung und Handlung ins Zentrum stellt. Nur, wer dem unmittelbaren moralischen oder auch bloss moralistischen Impuls nicht nachgibt, hat den Blick frei für die übergeordnete Aufgabe und Funktion der Neutralität.

Von Marignano bis zum Wiener Kongress

Hier wäre nun zunächst vom Wert der Neutralität für die Schweiz selbst zu reden, die über Jahrhunderte gewachsen ist, immer auch im Wechselspiel mit den europäischen Mächten. Dazu gehörten auch deftige Niederlagen, Blutzoll, schmerzhaftes Lernprozesse – und immer auch etwas Glück und etwas Kalkül der anderen. 1515 in Marignano wurden die grossmachtsüchtigen Eidgenossen vernichtend geschlagen. Bruder

Die Neutralität hilft der Schweiz – und sie hat das Potenzial, anderen zu helfen.

Klaus, der geraten hatte, den Zaun nicht zu weit zu stecken und sich nicht in fremde Händel zu mischen, schien Recht zu bekommen. Nach dem Dreissigjährigen Krieg im Westfälischen Frieden war es dem Basler Bürgermeister Johann Rudolf Wettstein und seinem diplomatischen Mut und Geschick zu verdanken, dass sich die Schweiz gegen grosse innere und äussere Widerstände die formelle Unabhängigkeit vom Deutschen Reich erkämpfte.

Auf dem Wiener Kongress und im Vertrag von Paris vom 20. November 1815 – 300 Jahre nach Marignano – anerkannten die europäischen Grossmächte die immerwährende Neutralität der Schweiz und garantieren die Unverletzlichkeit ihres Territoriums. Auch dies vergessen die Gegner der Neutralität gerne: Diese ist kein Jekami, kein Wunschkonzert, sondern eine völkerrechtliche Verpflichtung, der innerhalb der europäischen Sicherheitsarchitektur eine wichtige Aufgabe zukommt. Das Gegenstück zur Garantie der Unverletzlichkeit ist die Bereitschaft und Fähigkeit zur Selbstverteidigung («bewaffnete Neutralität»), denn nur so kann die Schweiz sicherstellen, dass sie kein sicherheitspolitisches Vakuum ist, das wiederum auch die anderen gefährdet.

Eingefügt in diesen internationalen Rahmen hat sich die Neutralität historisch insgesamt doch herausragend bewährt. Sie hat der Schweiz Frieden, Stabilität und auch Wohlstand gebracht. Sie hat sie vor den Abgründen von zwei Weltkriegen bewahrt, nicht ohne innere und äussere Spannungen. Als im Ersten Weltkrieg manche Romands nach Frankreich neigten und manche Deutschschweizer zum Deutschen Kaiserreich, musste sie der Schriftsteller Carl Spitteler an «unseren Schweizer Standpunkt», an die neutrale Position jenseits und über den Fronten erinnern. Die Wahrung der Neutralität im Zweiten Weltkrieg, als die Schweiz von den Achsenmächten lebensbedrohlich umzingelt war, war ein Drahtseilakt existenziellen Ausmasses. Sie trug – bei aller Kritik, allen Fehlern, allen Unterlassungen – nicht nur dazu bei, dass die Schweiz vergleichsweise glimpflich davonkam und als unabhängiger, souveräner Staat überlebte, sondern sie ermöglichte es ihr auch, Zehntausende Menschenleben und Flüchtlinge zu retten.

Sinn und Nutzen der Neutralität

In einer Welt, die auf Konfrontationskurs ist, in einer Welt, in der nach wie vor die Machtpolitik dominiert, ist der Nutzen der Neutralität auch für Dritte offensichtlich. Als neutraler Kleinstaat, der keine eigenen grossmachtpolitischen Ambitionen hat, kann die Schweiz umso besser vermitteln, ihre Guten Dienste anbieten, Frieden anbahnen, eine Bühne für Gespräche sein, wenn sonst nur noch die Waffen sprechen. Voraussetzung dafür ist aber eben, die persönliche Einstellung, irgendwelche «höheren Gesichtspunkte» nicht mit der politisch-juristischen Neutralität des Landes zu verwechseln oder sie dieser gar überzuordnen.

Kurz und gut: Die Neutralität hilft der Schweiz – und sie hat das Potenzial, anderen zu helfen. Die historische Evidenz für Sinn und Nutzen der schweizerischen Neutralität ist derart offenkundig, dass es nachgerade unseriös wirkt, wie rasch sie ihre voreiligen und eifernden Gegner nun

plötzlich auf den Müllhaufen der Geschichte werfen wollen. Politische Gegenmittel wie die Neutralitätsinitiative, welche die Neutralität in der Bundesverfassung verankern will, sind daher genauso willkommen und notwendig wie das durchaus selbstkritische, durchaus demütige und dankbare Erinnern an die historischen Errungenschaften der Schweizer Neutralität.

Dr. Philipp Gut ist Journalist, Buchautor, Historiker und Inhaber der Agentur Gut Communications GmbH.



[Druckversion bestellen](#)

Wissenschaft und Demokratie

Wissenschaft und Demokratie



Wissenschaft und Demokratie haben einiges gemeinsam, aber sie unterscheiden sich auch grundlegend. Wir müssen uns vom Regime einer von angeblicher Wissenschaft geleiteten Politik befreien.

Von Prof. Dr. Michael Esfeld

Der Physik-Nobelpreisträger Richard Feynman stellt seinem Aufsatz über den Wert der Wissenschaft von 1955 folgendes Motto voran:

Von allen ihren Werten muss der grösste Wert die Freiheit zu zweifeln sein.

Er schreibt dann:

Das wissenschaftliche Wissen ist ein Körper von Aussagen mit verschiedenen Gewissheitsgraden – einige sind sehr unsicher, andere fast sicher, aber keine absolut sicher. Wir Wissenschaftler sind daran gewöhnt und halten es für selbstverständlich, dass es vollkommen konsistent ist, unsicher zu sein – dass es möglich ist, zu leben und nicht zu wissen.

Und weiter:

Von dieser Philosophie liessen sich die Menschen leiten, die die Demokratie schufen, in der wir leben. Der Gedanke, dass niemand wirklich wusste, wie man eine Regierung führt, führte zu der Idee, dass wir ein System einrichten sollten, in dem neue Ideen entwickelt, ausprobiert, verworfen und weitere neue Ideen eingebracht werden können; ein System von Versuch und Irrtum. Diese Methode ergab sich aus der Tatsache, dass sich die Wissenschaft bereits Ende des 18. Jahrhunderts als erfolgreiches Unternehmen erwiesen hatte.

Feynman zieht eine deutliche Parallele zwischen Wissenschaft und Demokratie: Beide beruhen auf dem kritischen Hinterfragen, Ausprobieren und Korrigieren von Ideen. Beide sind aus dem Unwissen entstanden und können nie zu Gewissheit im Sinne absoluter, nicht mehr hinterfragbarer Sicherheit führen. Für beide ist daher die Debatte über verschiedene Hypothesen bzw. Handlungsoptionen zentral, die wiederum auf der Freiheit beruht, sich selbst ein Urteil zu bilden, Hypothesen bzw. Handlungsoptionen zu hinterfragen, Zweifel und Bedenken zu äussern.

Sokrates oder Platon?

Feynmans Ausführungen sind ein eindrückliches Zeugnis der Geisteshaltung, die in der abendländischen Philosophie auf Sokrates zurückgeht. Sokrates war dafür bekannt, die Wissensansprüche der Angehörigen der Elite – Adlige, Politiker, Erzieher – zu hinterfragen. Es stellt sich heraus, dass die allermeisten Wissensansprüche der Angehörigen der

Wissenschaft und Demokratie beruhen beide auf dem kritischen Hinterfragen, Ausprobieren und Korrigieren von Ideen.

Elite kritischer Prüfung nicht standhalten. Dabei geht es nicht nur um Wissensansprüche in Bezug auf Fakten, sondern vor allem um normative Wissensansprüche zur Führung von Staat und Gesellschaft, mithin um Wissensansprüche in Bezug auf das allgemein Gute.

Aristoteles entwickelt in seiner Schrift Politik die entsprechende Sicht des Staates: Im Staat kommen die Bürger zusammen und beraten über die öffentlichen Angelegenheiten. Es gibt keine Experten, die befähigt sind, die Gesellschaft zu lenken. Die Bürger treffen die Entscheidungen über die allgemeinen Angelegenheiten gemeinsam. Öffentliche Ämter werden auf Zeit vergeben und unterliegen den Prinzipien der Rotation und Machtbegrenzung. Eine Ausnahme hiervon ist lediglich für die militärische Führung im Kriegsfall vorgesehen. Diese Staatskonzeption ist als Republikanismus bekannt und in der Demokratie umgesetzt.

Sokrates' Hinterfragen von Wissensansprüchen markiert allerdings eine geistesgeschichtliche Kreuzung, von der zwei entgegengesetzte Wege abzweigen. Der eine Weg ist der von Aristoteles, der zu dem Verständnis von Wissenschaft und Demokratie führt, das Feynman in den Zitaten oben zum Ausdruck bringt. Der andere Weg ist derjenige, den Platon in seiner Schrift «Der Staat» einschlägt: Dieser Weg besteht darin, von der Frage nach dem Guten zu der Behauptung tatsächlichen Wissens um das Gute überzugehen und daraus die Berechtigung dafür abzuleiten, die Gesellschaft entsprechend zu steuern. Platon vertritt, dass es identifizierbare Personen gibt, die, wenn sie die richtige Ausbildung durchlaufen, Wissen über das allgemein Gute erlangen: die Philosophen. Das Wissen um das Gute ist somit Expertenwissen. Es ist nicht jedem zugänglich. Diejenigen, die keine Experten sind, müssen darauf vertrauen, dass diejenigen, die dieses Wissen für sich in Anspruch nehmen – die Philosophen gemäss Platon – über dieses Wissen auch tatsächlich verfügen. Sie können die entsprechenden Wissensansprüche nicht selbst nachvollziehen.

Die bekannte Konsequenz hiervon ist Platons Postulat der Philosophen-Könige: Weil die Philosophen – und sie alleine – das Wissen um das allgemein Gute haben, sind sie berechtigt, im Staate zu herrschen bzw. die Herrscher anzuweisen. Die Experten (die Philosophen) haben also nicht nur ein privilegiertes Wissen; indem sie über dieses Wissen verfügen, haben sie zugleich die moralische Qualifikation, das Gute in der Gesellschaft umzusetzen. Folglich ist die Machtbefugnis der Philosophen-Könige unbegrenzt. Sie betrifft nicht nur die öffentlichen Angelegenheiten. Es gibt keine Privatsphäre, die prinzipiell von den Anordnungen der Philosophen-Könige ausgenommen ist. So können diese auch bestimmen, wer wen und wann heiraten darf, um einen optimalen Fortbestand der Gesellschaft im Übergang von einer Generation zur nächsten sicherzustellen.

Vom Kollektivismus in den Totalitarismus

Bei Platons politischer Philosophie handelt es sich zunächst um einen Kollektivismus. Individuen kommen nur insofern in Betracht, als sie Teil eines Kollektivs sind, nämlich der Gesellschaft oder des Staates, dem sie

Das Regime der Corona-Zwangsmassnahmen hat dieses Drehbuch perfekt übernommen.

angehören. Sie gehen restlos in der Funktion auf, die sie in dem Kollektiv ausüben. Da dieser Kollektivismus auf Wissensansprüchen basiert, handelt es sich um politischen Szientismus. Szientismus ist die Lehre, dass wissenschaftliches Wissen auch den Menschen und alle Aspekte unserer Existenz umfasst, einschliesslich Denken, Handeln, Normen und moralischer Werte. Der Szientismus wird politisch, wenn er als das Programm formuliert wird, Staat und Gesellschaft gemäss wissenschaftlichen Erkenntnissen zu lenken. Das geschieht, wenn Platons Philosophen zu Herrschern werden oder die Herrscher anweisen.

Das Resultat ist Totalitarismus: Es gibt keine Grenze für die politische Herrschaft, die sich durch Wissensansprüche legitimiert, wenn diese Wissensansprüche ihrerseits keine Grenze haben (Szientismus). Karl Popper markiert dementsprechend in seinem Werk «Die offene Gesellschaft und ihre Feinde» (1945, Band 1) Platons Staat als den Ursprung des politischen Szientismus und Totalitarismus im abendländischen Denken. Platons Sicht von Wissenschaft und Staat ist somit das Gegenteil von Freiheit in der Wissenschaft und politischer Freiheit – der Demokratie, in der die Bürger selbst ohne Vormünder über die öffentlichen Angelegenheiten debattieren und entscheiden.

Drehbuch der Corona-Zwangsmassnahmen

Den Philosophen wurde nur in Platons «Staat» das Privileg zuteil zu herrschen. In der historischen Realität wurde Religion zur Legimitation von Herrschaft missbraucht: Die Religion kann man nicht nur dazu verwenden, um Wissensansprüche über das allgemein Gute zu formulieren, sondern auch, um die Menschen zu gängeln, indem man ihnen Angst und Schrecken einjagt mit der Androhung von Höllenstrafen – und dann auch noch ein Schema anbietet, wie man sich durch Gehorsam gegenüber den Autoritäten reinwäscht.

Das Regime der Corona-Zwangsmassnahmen hat dieses Drehbuch perfekt übernommen. Zunächst wurde die Beweislast umgekehrt und alle Menschen in ihrem täglichen Handeln zu Sündern gemacht – mit allem, was man tut, könnte man ja unabsichtlich zur Verbreitung eines angeblich tödlichen Virus (der Hölle auf Erden) beitragen. Von diesem Verdacht konnte und musste man sich dann freikaufen, indem man sich der politischen Autorität fügt und deren von Wissenschafts-Priestern zelebrierten abergläubischen Kult befolgt – mit Masken, die das tödliche Virus vertreiben sollen, als Impfungen dargestellter genetischer Behandlungen, mit denen man sich von dem Virus reinwäscht usw. Der von einer politischen Autorität zertifizierte Mensch trat so an die Stelle des mündigen Bürgers, auf dem die Demokratie beruht.

Mit Religion und Moral hatte alles dieses allerdings nie irgendetwas zu tun. Im Gegenteil: Die Idee universeller Menschenrechte geht auf die christliche Lehre von der Schöpfung des Menschen als Ebenbild Gottes zurück. Weil Gott den Menschen als Wesen erschaffen hat, das denkt und handelt und das in seinem Denken und Handeln frei ist, darf man Menschen nicht gegen ihren Willen etwas aufzwingen, das man als das allgemein Gute erkannt zu haben meint – und zwar selbst dann nicht,

wenn diese Erkenntnis wahr sein sollte. Expertenherrschaft durch religiöse oder pseudo-wissenschaftliche Vormünder ist daher mit der christlichen Lehre prinzipiell unvereinbar. In der Neuzeit wird die Idee universeller Menschenrechte säkularisiert und in Verfassungsstaaten durchgesetzt.

Staat vs. Privat

Man kann die Neuzeit als den Versuch verstehen, Vernunft als Mittel einzusetzen, um den Gebrauch von Macht einzuschränken: In der Wissenschaft muss man Evidenz und Argumente anführen, die sich in kritischer Prüfung bewähren müssen. Autorität hat in der Wissenschaft keinen Platz. Allein die Qualität der angeführten Daten und Argumente zählt. Anders gesagt: Es zählt allein, *was* jemand sagt, und nicht, *wer* es sagt. Ebenso in der Demokratie. Diese ist nicht einfach Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit – wie wenn zwei Wölfe und ein Schaf über die nächste Mahlzeit abstimmen. Sie beruht darauf, jeden Menschen als Person mit grundlegenden Rechten anzuerkennen: Wenn jeder an dem Entscheidungsprozess über die öffentlichen Angelegenheiten teilhat, dann setzt das voraus, jedem grundlegende Rechte zuzugestehen, die auch nicht durch Mehrheitsentscheidungen entzogen werden dürfen.

Im Unterschied zur platonischen Expertenherrschaft, die aufgrund des angeblichen Wissens der Experten unbegrenzt ist, beruht die Demokratie auf einer klaren Trennung zwischen der Sphäre der öffentlichen Angelegenheiten, die Gegenstand von Mehrheitsentscheidungen sind, und der Privatsphäre. Abstimmungen wie die über das Covid-Gesetz sind daher zutiefst undemokratisch: Man kann nicht darüber abstimmen, Menschen ihre Grundrechte zu entziehen. Und man kann auch nicht über Bedingungen abstimmen wollen (Masken, Tests, Impfungen usw.), unter denen man Menschen ihre Grundrechte gewährt: Diese sind nicht Belohnungen für Gehorsam gegenüber einer Autorität, die sich auf angebliche Experten in weissen Kitteln beruft, sondern gelten in einem demokratischen Rechtsstaat bedingungslos, als Voraussetzungen für die demokratische Entscheidungsfindung.

Dessen ungeachtet sind Volksabstimmungen das beste verfügbare Verfahren, um zu entscheiden, ob eine bestimmte Gesetzesvorschläge mit den Menschenrechten vereinbar ist oder nicht und dem Standard der Rechtsstaatlichkeit entspricht oder nicht, anstatt die Entscheidung über diese Frage an Experten in Gestalt von Richtern zu delegieren. Es gibt gute Gründe für die Schweiz, kein Verfassungsgericht einzurichten. Ein Expertengremium wie auch ein Richterengremium ist für Korruption anfällig. So hat das deutsche Bundesverfassungsgericht mit seinen Corona-Urteilen alle Standards von Rechtsstaatlichkeit gebrochen (siehe zum Beispiel Bundesverfassungsgericht 2022). Man muss unterscheiden zwischen dem Ideal der Rechtsstaatlichkeit, implementiert in einer Demokratie, die auf der Anerkennung der Grundrechte aller beruht, und der praktischen Frage nach dem besten verfügbaren Verfahren zu deren Durchsetzung, gegeben dass alle denkbaren Verfahren fehlbar sind. Man kann also die Abstimmungen über das Covid-Gesetz als zutiefst undemokratisch kritisieren gemessen am Ideal des demokratischen Rechtsstaates und

Wissenschaft ist hingegen intrinsisch anarchisch.

zugleich anerkennen, dass es in einem Staat verfahrensmässig keinen besseren Weg gibt, als über die Frage der Legitimität dieses Gesetzes eine Volksabstimmung abzuhalten.

Was Wissenschaft und Demokratie unterscheidet

Es gibt allerdings einen wichtigen Unterschied zwischen Demokratie und Wissenschaft: Die Demokratie ist auch eine Form von Herrschaft. Einige üben Autorität aus und geben allen anderen Anweisungen, die sie unter Androhung und gegebenenfalls Anwendung von Zwang durchsetzen (Polizeigewalt). Das ist auch der Unterschied zu internationalen Organisationen: Diese können keine Herrschaft ausüben. Polizei und Militär kann nur die jeweilige Staatsgewalt einsetzen. Die Demokratie unterscheidet sich von anderen Staatsformen lediglich in dem Prozess der Legitimation der Träger von Herrschaft und in den rechtsstaatlichen Grenzen, die diesen gesetzt sind.

Wissenschaft ist hingegen intrinsisch anarchisch. Über wissenschaftliche Theorien und Hypothesen per Mehrheitsentscheidung abstimmen zu wollen oder eine Person oder ein Gremium einzusetzen, das über diese entscheidet, also der Richter über wissenschaftliche Wahrheit ist, wäre offensichtlich absurd und kontraproduktiv in Bezug auf den Fortschritt im Gewinnen wissenschaftlicher Erkenntnisse. Es ist kein Problem, dass in der Wissenschaft häufig konkurrierende Hypothesen und Theorien nebeneinander bestehen. Im Gegenteil, dieses ist ein Motor des wissenschaftlichen Fortschritts. Es stünde dem Gebrauch von Vernunft, auf dem Wissenschaft basiert, entgegen, Konflikte im Anspruch auf wissenschaftliche Erkenntnis durch Einsatz von Zwang aufzulösen, insofern diese sich nicht von selbst durch Evidenzen und Argumente auflösen, die von allen Beteiligten von sich aus anerkannt werden. Eine Frage, die den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde, ist diejenige, ob der Gebrauch von Vernunft, auf dem Wissenschaft basiert, auch auf die sozialen Beziehungen der Menschen in der Gesellschaft insgesamt angewendet werden kann, ob also zur Durchsetzung der grundlegenden Rechte der Menschen in einer Rechtsordnung politische Herrschaft welcher Form auch immer überhaupt legitim oder erforderlich ist, ob eine Rechtsordnung also auch ohne politische Herrschaft bestehen könnte (siehe dazu in der Schweiz Dürr 2006 und 2019 und allgemein Rothbard 1982 und Hoppe 1987).

Zurück zur Wissenschaft: Die Anarchie in der Wissenschaft ist durch ihr Ziel begründet. René Descartes macht im sechsten Teil seiner «Abhandlung über die Methode» (1637) die berühmt gewordene Aussage, Wissenschaft einzusetzen, um «nous rendre comme maîtres et possesseurs de la nature», also uns zu Herren und Besitzern der Natur zu machen (Descartes 1902, S. 62). Um durch Technik unsere Lebensumstände verbessern zu können, muss Wissenschaft objektiv sein: Sie muss versuchen, die Tatsachen in der Welt so zu erkennen, wie sie unabhängig von unserer jeweiligen subjektiven Perspektive sind, wobei die subjektive Perspektive in diesem Zusammenhang den jeweiligen sozialen, geschichtlichen und kulturellen Kontext einschliesst. Daraus ergibt sich die disziplinierte, sokratische Skepsis als die Methode der Wissenschaft:

Weil man nie vollständig von der subjektiven Perspektive absehen kann, ist der Zweifel, das kritische Hinterfragen und rigorose Nachprüfen von Wissensansprüchen der Weg, um von Hypothesen zu Erkenntnissen zu gelangen, die so lange als bestätigt gelten, wie sie diesem Hinterfragen Stand halten. So kommt man zu den von Feynman in dem Zitat oben genannten wissenschaftlichen Aussagen mit verschiedenen Gewissheitsgraden, von denen keine absolut sicher ist. Karl Popper hat diese Methode in der «Logik der Forschung» (1935) entfaltet. Ähnlich wie Richard Feynman spricht der Soziologe Robert Merton in einem Aufsatz über Wissenschaft in der Demokratie von 1942 von der Wissenschaft als organisiertem Skeptizismus.

Missbrauch der Wissenschaft

Objektivität als Kennzeichen der neuzeitlichen Naturwissenschaft impliziert ferner, dass diese Wissenschaft alles Subjektive – also unser Denken und Handeln mitsamt den Normen und Werten – nicht erfassen kann, und zwar prinzipiell nicht erfassen kann (siehe dazu ausführlich Esfeld 2019, Kapitel 3). Das ist keine Frage weiteren wissenschaftlichen Fortschritts. Objektivität impliziert insbesondere die strikte Trennung zwischen Fakten und Normen. Das platonische Wissen von Ideen ist zugleich faktisch und normativ: Die platonische Idee des Pferdes zum Beispiel ist das ideale Pferd, das die Norm dafür setzt, wie Pferde sein sollen. Wenn man meint, dass es entsprechend eine Idee des Guten gibt, die Experten erkennen können, dann kann man innerhalb dieses Systems konsistent vertreten, dass die Experten dazu legitimiert sind, anderen normativ Handlungsanweisungen zu geben. Mit der neuzeitlichen Naturwissenschaft geht dieses aber prinzipiell nicht. Unsere heutigen Platoniker, die unter Bezug auf diese Wissenschaft zum «Folgen der Wissenschaft» auffordern und anderen unter Berufung auf Wissenschaft eine bestimmte Lebensweise aufzwingen wollen, haben von Wissenschaft nichts, aber auch gar nichts, verstanden – was für einen wissenschaftlichen Leistungsausweis sie ansonsten auch immer haben mögen. Minimales Nachdenken über die Grundlagen der neuzeitlichen Naturwissenschaft entlarvt die gesamte, durch angebliche Wissenschaft geleitete Corona-Zwangsmassnahmen-Politik als Missbrauch von Wissenschaft als Waffe gegen die Grundrechte der Menschen, auf denen sowohl die wissenschaftliche Methode als auch der demokratische Rechtsstaat beruhen.

Was tun?

Mindestens die folgenden drei Schritte sind meines Erachtens erforderlich, um uns von dem Regime einer durch angebliche Wissenschaft geleiteten Politik zu befreien, das uns bevormundet und sich über unsere grundlegenden Rechte hinwegsetzt (siehe dazu ausführlich Esfeld 2023).

Der erste Schritt ist, die eigene Urteilskraft zu stärken, statt sich von selbst ernannten Experten entmündigen zu lassen. Experten können uns sagen, wie wir Flugzeuge, Atomkraftwerke, oder was auch immer durch Wissenschaft möglich ist, bauen müssen, damit diese sicher und zuverlässig sind. Aber Experten können uns nicht sagen, ob wir Flugzeuge, Atomkraftwerke usw. bauen sollen. In einer Demokratie treffen mündige Bürger die Entscheidungen über die öffentlichen Angelegenheiten, und

Der erste Schritt ist, die eigene Urteilskraft zu stärken, statt sich von selbst ernannten Experten entmündigen zu lassen.

jeder ist frei, die privaten Angelegenheiten einschliesslich der sozialen Kontakte so zu gestalten, wie sie oder er es möchte. Experten können (und sollen, wenn sie aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden) Informationen über Fakten geben; aber sie können keine Entscheidungen vorgeben. Wenn mündige Bürger in einer Demokratie die Entscheidungen über öffentliche Angelegenheiten treffen, dann setzt dieses voraus, dass es jeweils mindestens zwei verschiedene Handlungsoptionen gibt, die alle rational vertretbar sind. Andernfalls ergibt eine Abstimmung keinen Sinn. Über Naturgesetze wie das Gravitationsgesetz kann man nicht abstimmen. Politische Vorgaben, über die man abstimmen kann, sind davon grundlegend verschieden.

Der zweite Schritt ist Skepsis gegenüber der Staatsgewalt. Aufgrund der Machtfülle, die Funktionsträger öffentlicher Ämter dadurch haben, dass sie alle anderen unter Androhung und gegebenenfalls Einsatz von Polizeigewalt dazu zwingen können, ihre Anordnungen zu befolgen, neigen diese prinzipiell auch in einer Demokratie dazu, ihre Befugnisse auszuweiten. Und diese Machtfülle der Funktionsträger öffentlicher Ämter lädt andere dazu ein, Lobbyismus zu betreiben, das heisst, diese Funktionsträger dazu zu überreden, ihre Machtfülle zu Gunsten der Sonderinteressen bestimmter Gruppen zu gebrauchen – wobei diese Sonderinteressen natürlich immer als das allgemein Gute dargestellt werden. Es gibt immer Intellektuelle, die meinen, die platonische Idee des Guten erkannt zu haben, Angstmacher, die das Ende der Welt halluzinieren, und Wissenschaftler, die Wissenschaft als säkulare Religion missverstehen und damit dem Aberglauben verfallen. Es gibt immer Geschäftsinteressen, die von diesen Ideologien profitieren wollen, wie die Pharmaindustrie in Bezug auf Corona, die Industrie für «erneuerbare» Energie zur «Klimaretung» und die ESG-Kennzeichnung als Ausdruck der moralisch richtigen Haltung («wokeness»). Es wird auch immer Absprachen zwischen diesen Gruppen geben. Es kann daher nur darum gehen, zu verhindern, dass eine Gruppe die politische Herrschaft übernimmt und Zwang ausüben kann, um ihre Ziele zu erreichen. Die Demokratie soll das verhindern. Das gelingt aber nur, wenn die Bürger den politischen Amtsträgern mit Skepsis statt blindem Gehorsam gegenüberstehen. Der Grund ist nicht, dass die politischen Amtsträger moralisch schlechte Menschen wären, sondern dass die Machtfülle, mit der sie auch in einer Demokratie ausgestattet sind, zu Missbrauch verleitet.

Der dritte Schritt ist der öffentliche Gebrauch der eigenen Vernunft, der stets frei sein muss. Ein Ausdruck des freien öffentlichen Gebrauchs der Vernunft ist es zum Beispiel, das Covid-Gesetz normativ als zutiefst undemokratisch zu kritisieren, weil es die Funktionsträger der Staatsgewalt ermächtigt, den Menschen ihre Grundrechte zu nehmen, zugleich aber das Verfahren der Volksabstimmung anzuerkennen. Denn es gibt keinen anderen Weg als die Menschen, mit denen man zusammenlebt, friedlich durch Argumente und durch vorbildhaftes Verhalten zu überzeugen. Aber das beinhaltet eben auch das standfeste Eintreten für die grundlegenden Rechte jedes Menschen zur Abwehr von Übergriffen in die eigene Lebensgestaltung, von wem auch immer und unter welchem Vorwand auch immer diese Übergriffe erfolgen.

Gemäss Kants berühmtem Aufsatz zur Beantwortung der Frage «Was ist Aufklärung?» von 1784 ist der freie öffentliche Gebrauch der Vernunft der Weg, der langsam, aber stetig zu Aufklärung führen wird und durch den die Öffentlichkeit politische Autoritäten in die Schranken weisen kann. Kants diesbezügliche Ausführungen haben nichts von ihrer Aktualität eingebüsst. Allen denjenigen, die den vorliegenden Text bis zu Ende gelesen haben, empfehle ich die Lektüre dieses kurzen Textes von Kant. Ersetzen Sie dabei «Vormünder» durch «Experten» und «Religion» durch «Wissenschaft» und fragen Sie sich, ob es einen Unterschied zwischen den Zuständen, die Kant beschreibt und der heutigen Zeit gibt – und ob ihnen etwas anderes einfällt als das, was Kant vorschlägt, um zu einer Gesellschaft zu gelangen, in der sich im öffentlichen Raum niemand als Vormund installieren kann, der im Namen eines angeblich allgemein Guten anderen ihre Rechte nimmt.

Prof. Dr. Michael Esfeld lehrt Philosophie mit Schwerpunkt Wissenschaftsphilosophie an der Universität Lausanne. michael.esfeld@unil.ch, www.michael.esfeld.com



Leseempfehlung

Michael Esfeld: Land ohne Mut. Eine Anleitung für die Rückkehr zu Wissenschaft und Rechtsordnung, Berlin: Achgut 2023

Michael Esfeld und Christoph Lütge: Und die Freiheit? Wie die Corona-Politik und der Missbrauch der Wissenschaft unsere offene Gesellschaft bedrohen, München: riva 2021

Michael Esfeld und Christoph Lütge: Wissenschaft und Freiheit. Das naturwissenschaftliche Weltbild und der Status von Personen, Berlin: Suhrkamp 2019

Quellennachweise

Bundesverfassungsgericht (2022): «Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen die Pflicht zum Nachweis einer Impfung gegen COVID-19 (so genannte «einrichtungs- und unternehmensbezogene Nachweispflicht»)». Beschluss vom 27. April 2022, Pressemitteilung Nr. 42/2022 vom 19. Mai 2022.

Descartes, René (1902): Œuvres de Descartes. Tome 6. Publié par Charles Adam et Paul Tannery. Paris: Cerf.

Dürr, David (2006): «Entstaatlichung der Rechtsordnung. Ein Modell ohne staatliches Rechtssetzungs- und Gewaltmonopol». In: R. Zäch, C. Breining-Kaufmann und P. Breitschmid (Hgg.): Individuum und Verband: Festgabe zum Schweizerischen Juristentag 2006. Zürich: Schulthess. S. 397-410.

Dürr, David (2019): «Staatliches Unrecht – Natürliches Recht. Warum Anarchismus zutrifft». In: K. Mathis und L. Langensand (Hgg.): Anarchie als herrschaftslose Ordnung? Berlin: Duncker & Humblot. S. 352-378.

Feynman, Richard P. (1955): «The value of science». Engineering and Science 19, S. 13-15.

Hoppe, Hans-Hermann (1987): Eigentum, Anarchie und Staat. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Kant, Immanuel (1784): «Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?». Berlinische Monatsschrift, Dezember 1784. Text frei verfügbar im Internet zum Beispiel auf <https://www.projekt-gutenberg.org/kant/aufklae/aufkl001.html>

Merton, Robert K. (1942): «Science and technology in a democratic order». Journal of Legal and Political Sociology 1, S. 115-126.

Popper, Karl (1935): Logik der Forschung. Wien: Springer.

Popper, Karl (1945): The open society and its enemies. London: Routledge. Deutsch Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. München: Francke 1957/58.

Rothbard, Murray N. (1982): The ethics of liberty. New York: New York University Press.



[Druckversion bestellen](#)

Die gecancelte Freiheit

Die gecancelte Freiheit



Das Recht, seine Meinung zu äussern, hat zwei Facetten: Jeder kann sagen, was er denkt, und dafür alles sehen, was er will. Das Internet wäre für beides der perfekte Ort, wenn es nicht die Definitionsmacht der Regierungen bedrohen würde. Die Folgen: Propaganda, Zensur und ein Klima der Angst.

Von Michael Meyen

Ich bin Medienforscher und kein Jurist oder Verfassungsspezialist. Und ich bin kein Schweizer, sondern Deutscher. Ostdeutscher. Beides prägt meinen Blick auf das Thema. Ich wollte in der DDR Sportreporter werden und habe als junger Mann gelitten unter Denk-, Sprech- und Schreibverboten, die nirgendwo standen, aber trotzdem den Alltag in den Redaktionen prägten. Bei den Tabus ganz oben: alles, was der Westen vielleicht für sich nutzen konnte oder irgendein möglicher Gegner bei uns. Den Umbruch 1989/90 habe ich als Versprechen erlebt. Auf eine Formel verdichtet: publizistische Vielfalt. Fortan wird es möglich sein, so habe ich damals gehofft, über all die unterschiedlichen Meinungen und Interessen zu diskutieren, die es in einer Gesellschaft gibt. Man wird sich nicht immer einigen können, natürlich nicht, sich aber selbst ein Bild machen können, weil die Informationen und die wichtigsten Interpretationen für jeden zur Verfügung stehen.

Alles auf den Tisch – und zwar dorthin, wo es jeder sehen kann.

Grund- und Bürgerrechte vs. Cancel Culture

Ich schicke das vorweg, weil man meinen Erfahrungshorizont und meinen Bewertungsmaßstab kennen sollte, wenn ich hier über Meinungsäusserungsfreiheit schreibe. Auch wieder in Kurzform: alles auf den Tisch – und zwar dorthin, wo es jeder sehen kann. Auf dem Papier beschreibt dieser Satz die Wirklichkeit. Artikel 5 Grundgesetz in Deutschland, Artikel 16 der Schweizerischen Bundesverfassung, Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Jeder kann sagen, was er denkt, und sich vorher umfassend informieren. Jenseits dieser Texte wachsen die Zweifel. 2023 hatten nur 40 Prozent der Deutschen über 16 „das Gefühl“, ihre «politische Meinung frei sagen» zu können – ein Wert, der in dieser Allensbach-Langzeitstudie bis in die frühen Nullerjahre stabil über 70 Prozent lag.

Im Internet wird gelöscht, was das Zeug hält. Und im wirklichen Leben? Fragen Sie Menschen, die gegen den Strom schwimmen. Journalisten, Musiker, Maler, Verleger, Politiker, Wissenschaftler. Die Antwort heisst immer – Cancel Culture. Die Zensur geht heute, das ist die These dieses Beitrags, von den Leitmedien aus sowie von den Institutionen, die der Digitalkonzernstaat entweder genau dafür geschaffen oder sich in den letzten Jahren unterworfen hat. Sie stützt sich auf ein intellektuelles Prekariat, das um bezahlte Posten in Redaktionen, Universitäten und NGOs

buhlt, sowie auf Parteiunternehmen, die einen erheblichen Teil der Steuereinnahmen in Propaganda umleiten und sich so ihre Pfründe sichern. Der Volksmund sagt: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing. Allensbach liefert dazu die Daten. Abitur und Hochschulabschluss, oft verbunden mit der Aussicht auf einen Job in der Bewusstseinsindustrie (Bildung, Kultur, Medien) oder in einer Behörde, verstellen den Blick auf die Cancel Culture. Die Deutschen, die zu dieser Gruppe gehören, glauben deutlich eher, «frei reden» zu können (51 Prozent, Volks- und Hauptschule: 28 Prozent). Von den Anhängern der Grünen sagen dies sogar 75 Prozent.

In der Schweiz sind die Werte und die Verteilung auf die politischen Lager ganz ähnlich. Hier sehen wir auch den Link zum Journalismus. 38,5 Prozent der Erwachsenen, sagt eine Studie der Universität Zürich von 2022, verweigern sich den Nachrichtenmedien. Diese Menschen liegen nicht im Bett und spielen vermutlich auch nicht Karten. Sie sind im Netz, oft sogar mit zwei Geräten gleichzeitig. Deshalb setzt genau hier die Zensur an. Ich zeige in diesem Beitrag, was Digitalkonzernstaaten alles unternehmen, um die Leitmedienversion der Wirklichkeit zu stützen und jede zweite, dritte, vierte Wahrheit zu entwerten oder unsichtbar zu machen. Das beginnt bereits an den Universitäten. «News-Deprivierte», sagt die Studie aus Zürich zu den 38,5 Prozent, die keine Lust mehr auf den Nachrichtenjournalismus haben. Menschen in Not. Menschen, die behandelt werden müssen und am besten nichts mehr zu sagen haben sollten. Die Forscher jedenfalls rufen Alarm. Die «Unterversorgung mit News» sei ein «gesamtgesellschaftliches Problem». Warum? Weil Mediennutzer eher wählen gehen. Weil diese Leute der Regierung stärker vertrauen. Weil man sich auch sonst auf sie verlassen kann. Als die Schweiz im Februar 2022 über die staatliche Förderung von Medienkonzernen abgestimmt hat, waren die «News-Deprivierten» am stärksten dagegen.

Definitionsmacht, Leitmedien und Zensur

Jede Regierung möchte lenken und kontrollieren, was öffentlich über sie und über die Wirklichkeit im Land gesagt wird. Das funktioniert im Internetzeitalter nur, wenn man mit den Digitalkonzernen kooperiert. Diese Ehe wurzelt in dem Wissen, dass der Handlungsspielraum von öffentlicher Zustimmung und öffentlicher Legitimation abhängt. «Herrschaftsverhältnisse» sind heute mehr denn je «Definitionsverhältnisse» (Ulrich Beck). Macht hat der, dem es gelingt, seine Interpretation der Wirklichkeit in der Öffentlichkeit zu platzieren. Zentral sind dabei die Leitmedien. Dort entsteht das «Gedächtnis» der Gesellschaft (Niklas Luhmann) – das, worauf wir bei jeder Begegnung zugreifen können, ohne Angst haben zu müssen, uns ins Abseits zu stellen.

Tagesschau, Süddeutsche Zeitung oder NZZ werden aus zwei Gründen genutzt. Zum einen wollen und müssen Menschen wissen, wer gerade die Macht hat. Wer schafft es, seine Themen und vor allem seine Moral auf der grossen Bühne zu platzieren? Zum anderen sehen wir dort, was die anderen wissen. Was können und was müssen wir öffentlich sagen, wenn wir uns nicht isolieren wollen? Wir unterstellen, dass Medien wirken, und nehmen erst einmal an, dass alle genau das in ihr Weltbild übernehmen, was dort präsentiert wird. Die 38,5 Prozent Leitmedienver-

Propaganda und Zensur sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

weigerer sind genau sowenig ein Gegenargument wie Tichy, Nachdenkseiten, Kontrafunk oder Auf1: Was immer solche Kanäle an Tatsachen und Perspektiven liefern, kann von Entscheidern in Behörden, Unternehmen oder Gerichten ignoriert werden, solange es nicht die Leitmedien erreicht. Sie können das selbst testen: Sobald Sie sich auf Telegram berufen oder eine der gerade genannten Redaktionen, wirkt das Verdikt, das alle diese Angebote mit sich tragen – von den Leitmedien eingebrannt in das Gedächtnis der Gesellschaft.

Das Interesse von Regierungen, öffentliche Kommunikation zu steuern, ist untrennbar mit Propaganda verbunden – mit dem Versuch, eine bestimmte Sicht der Dinge zu platzieren und die öffentliche Debatte in die gewünschte Richtung zu manövrieren. Dazu gleich mehr am Beispiel Deutschland. Vorher will ich darauf hinweisen, dass zur Lenkungsabsicht fast zwangsläufig der Wunsch gehört, alle Positionen zu unterdrücken oder in ihrer Reichweite einzuschränken, die das herrschende Narrativ in Frage stellen und gleichzeitig das Potenzial haben, viele Menschen zu erreichen – Zensur. Noch einmal anders formuliert: Propaganda und Zensur sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Wer seine Sicht durchsetzen will, muss die Konkurrenz bekämpfen und möglichst ausschalten.

«Eine Zensur findet nicht statt»: Dieser Satz aus dem deutschen Grundgesetz stimmt nur noch, wenn man nach einer Behörde sucht, die Texte prüft und dann vielleicht verbietet. Die Allianz von Staaten und Digitalkonzernen hat den gleichen Effekt. Der Digital Services Act der EU, beschlossen 2022 und voll in Kraft seit Februar 2024, perfektioniert und legalisiert die Überwachungsbürokratie, die in den letzten Jahren entstanden ist, und hat so das Potenzial, das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit zu beerdigen. Die Schweiz bleibt da nicht aussen vor, da die EU-Gesetzgebung Inhalte auf englisch, deutsch, französisch oder italienisch trifft und damit sowohl Quellen, aus denen man sich informieren kann, als auch die Möglichkeit, sich selbst zum Beispiel auf Instagram oder TikTok zu äussern.

Der Schulterschluss von politischer und ökonomischer Macht war schon vorher öffentlich – nachzulesen zum Beispiel in den «Twitter Files» oder im «Verhaltenskodex gegen Desinformation», den EU und Digitalwirtschaft 2018 vereinbart und 2022 mit weiteren Unterzeichnern erneuert haben. Dieser Kodex verpflichtet die Plattformen, «abweichende Positionen» mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die Konzerne haben die Sache deshalb selbst in die Hand genommen und eine Internetpolizei etabliert, zu der das International Fact-Checking Network, das US-Unternehmen NewsGuard, das grüne und rote Schilder im Netz aufstellt, und die Trusted News Initiative gehören, eine Art Who's Who der westlichen Meinungsfabriken von den Nachrichtenagenturen über Rundfunkanstalten bis zu grossen Zeitungen und den Digitalkonzernen. Worauf man sich hier einigt, wird zu einer «Wahrheit», der sich alle beugen müssen, die in den Leitmedien arbeiten, weil auch die Reichweite und die Arbeitsweise jeder Lokalredaktion inzwischen von der Plattformlogik bestimmt wird.

Propaganda mit Steuergeld

Der Digitalkonzernstaat braucht kein Wahrheitsministerium. Er bezahlt Experten, die sich überall und jederzeit in seinem Sinne äussern, füttert die grossen Medienhäuser, damit sie das auch senden und Gegenstimmen unter den Tisch fallen lassen, und hält sich ein ganzes Heer, das auf alle schiesst, die mahnen, zweifeln, meutern. Um das mit ein paar Schlaglichtern aus Deutschland zu beleuchten: Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat rund 500 Planstellen, einen Jahresetat von über 100 Millionen Euro und drei einstige Topjournalisten an der Spitze. Es gibt Entsprechungen in jedem Ministerium, in jeder Behörde, in jeder Parteizentrale, bei jeder Landesregierung und bei jedem Politiker, der sich in der Nähe des Machtzentrums bewegt. Der Wechsel aus den Redaktionen in die Stäbe hat dabei Methode. Die Politik kauft sich auf diese Weise Know-how und Wohlwollen.

Die Abteilungen oder Menschen, die im Namen oder in der Berufsbezeichnung Begriffe wie Öffentlichkeit, Medien oder Marketing tragen, sind dabei nur der offensichtliche Teil des Propagandaapparats. Dies gilt auch für die über 500 Accounts, die die Bundesregierung betreibt, für tausend Webseiten und ungezählte Imagefilme, Broschüren und Auftritte. Claudia Roth, in der Ampelregierung Staatsministerin für Kultur und Medien, verfügte 2023 über einen Etat von 2,39 Milliarden Euro. Gefördert wurden aus diesem Topf vor allem Projekte auf Regierungslinie. Roths Behörde finanziert nicht nur Anlässe für die Berichterstattung, sondern auch Personal, das sich entsprechend äussern kann und will. Das gilt analog für die vielen Beauftragten, die haupt- oder ehrenamtlich auf ganz unterschiedlichen Verwaltungsebenen installiert worden sind, ihre Existenz durch Leitmedienpräsenz rechtfertigen müssen und so in Unternehmen oder Kultur und Bildung Imitationen nach sich ziehen.

Mit der Beauftragtenarmee ist ein Arbeitsmarkt entstanden, der einen Teil der akademischen Überproduktion auffangen und für den anderen Teil so verlockend sein kann, dass es sich lohnt, an die offiziellen Narrative anzudocken. In Deutschland liegt die Hochschulquote inzwischen bei über 50 Prozent. Das heisst: Jeder Zweite studiert. 1960 lag diese Zahl im Westen bei sechs (!) Prozent und noch Mitte der 1980er bei nicht einmal 20. Ich habe keine Zahlen gefunden zu Spitzenpositionen, vermute aber, dass sich die Vermehrung hier in Grenzen hält. Die vielen Stellen, mit denen der Parteienstaat eine Absolventenflut eindämmen will, die er selbst geschaffen hat, sind oft befristet und auch deshalb an ein makelloses Digitalprofil gekoppelt.

Ähnliche Signale sendet der NGO-Eisberg mit Organisationen wie dem Zentrum Liberale Moderne oder der Amadeu Antonio Stiftung an der Spitze, die die Regierungsnarrative mit Flak unterstützen – hier ganz offen als Analyse der «Gegenmedien» oder als «Narrativ-Check» bzw. getarnt als Kampf gegen «Hate Speech» und «Fake News». Kleine Schwestern und Brüder gibt es in jedem Bundesland. Das Kürzel NGO (Non-Governmental Organisation) ist dabei eine Tarnkappe, da der Staat oft wichtigster Geldgeber ist und «Nichtregierungsorganisationen» überall da vorschickt, wo es Probleme geben könnte, wenn Beamte ganz

Cancel Culture geht von den Leitmedien aus sowie vom Staat.

offiziell mitmischen. Das Bundesprogramm «Demokratie Leben!», eine der Dachinitiativen für entsprechende Ausgaben (angesiedelt im Bundesfamilienministerium), kostete den Steuerzahler 2023 gut 182 Millionen Euro.

Kultur der Vernichtung

Der Fisch stinkt vom Kopf. Wir schaffen das, Klimanotstand, #allesindennArm, Russland ruinieren, #gemeinsamgegenrechts: Themen und Moral werden von oben vorgegeben und mit dem unterfüttert, wonach sowohl die hungrigen Bologna-Kinder suchen als auch Unternehmen jenseits von Kleinstbetrieben und Mittelstand. Steuergeld. Hier Forschungstöpfe, Stipendien, Stellen. Dort Subventionen und Konjunkturpakete, flankiert von freundlichen Gesetzen. Im «umgekehrten Totalitarismus» (Sheldon Wolin) sind «der Staat» und «die Wirtschaft» keine Gegenspieler, sondern «partner in crime». Der Konzernlenker von heute muss nicht mehr auf die kleinen Geldbeutel schießen. Käufer sind wankelmütig und viel weniger verlässlich als der Staat, der in Deutschland so fest in der Hand von fünf Parteien ist, dass auch ein Regierungswechsel keine Einbussen befürchten lässt. Öffentlich den Regenbogen anzubeten, ist, das wird oft übersehen, ausserdem deutlich billiger als ein ordentlicher Tarifvertrag.

Cancel Culture geht, ich wiederhole diese These, von den Leitmedien aus sowie vom Staat. «Die grösste Bedrohung für unsere Demokratie ist der Rechtsextremismus», hat Olaf Scholz in seiner ersten Regierungserklärung gesagt und damit den Takt der Vernichtung genauso vorgegeben wie ihren Ort und ihre Sprache. «Unsere Demokratie», bedroht von «rechts». Genauer wird es nicht. Genauer darf es nicht werden. Wenn Regierungspolitiker in einem Konzernstaat von «unserer Demokratie» sprechen, dann ist das ganz wörtlich zu nehmen. Waffen und Gedächtnishilfen für all die kleinen Cancel-Kanzler in Redaktionen, NGOs und Warteschleifen: «Wirklichkeitsverleugnung», «absurde Verschwörungsgeschichten», «mutwillige Desinformation». Man beachte die Adjektive und finde bei Scholz dann all die Zauberworte, die jeder sprechen muss, der in die Schatzkammern des Subventionsstaates möchte (Manager, Intendanten, Wissenschaftler) oder dort schon sitzt. Ich muss das hier nicht wiederholen. Wichtig ist, dass die gleichen Schlagworte zum Ausschluss von allen führen, denen ein Verstoß unterstellt werden kann.

Cancel Culture ist mehr als ein Abend, der gestrichen werden muss, weil ein paar Leute fürchten, an den Pranger gestellt zu werden. Cancel Culture ist ein Programm, das Deutungshoheit sichert und damit Macht. Diese Form der Zensur ist ein Kind der Digitallogik. Eins und null und nichts dazwischen. Dieser Mann ist ein Übel, Punkt. Folglich sind alle zu ächten, die mit ihm zu tun haben. Mit dieser Kontaktschuldlogik werden Banken unter Druck gesetzt, die die «falschen» Kunden bedienen, Büro- und Saalvermieter, Buchherausgeber und Spendenportale, Firmenchefs, Unileitungen und Konzertveranstalter. Der Ablauf variiert nur wenig: Tweet, Anruf eines Journalisten (manchmal auch ohne Tweet), Distanzierung, Artikel, Wikipedia-Eintrag (Leitmedien gelten dort als Quelle) und damit in jeder Google-Suche ganz weit oben.

Cancel Culture entzieht dem Meinungskampf so die wirtschaftliche Basis. Wer zählt all das, was gar nicht mehr gecancelt werden musste, weil Menschen gehäht haben, auf was sie sich sonst eingelassen hätten? Wer fängt die Musiker auf, die Schauspieler, die Autoren, die niemand mehr bucht, besetzt, verlegt, weil sie Coronapolitik, Kriegstreiberei oder Klimahysterie öffentlich kritisiert haben? Sicher: Der soziale Tod ist unblutiger als das, was die Macht und ihre Helfershelfer früher eingesetzt haben, um Widersacher aus dem Weg zu räumen, und bringt manchmal sogar neue Fans. Eine Inschrift auf dem Internet-Grabstein cancelculture.de ersetzt aber weder Tantiemen noch Sprecherplätze. Wer dort steht, verliert den Zugang zu den Leitmedien – mit Folgen für das Gedächtnis der Gesellschaft und damit für das, was wir uns über uns selbst erzählen können.



Leseempfehlung

Michael Meyen: *Cancel Culture. Wie Propaganda und Zensur Demokratie und Gesellschaft zerstören*, Berlin: Hintergrund 2024

Michael Meyen: *Wie ich meine Uni verlor. Dreissig Jahre Bildungskrieg. Bilanz eines Ostdeutschen*, Berlin: edition ost, 2023

In der DDR war Zensur einfacher. Dort wusste jeder, wem die Leitmedien gehören, und die Ideologie hat der SED erlaubt, auf alle anderen Arenen zuzugreifen. Diktatur des Proletariats. Kampf gegen den Klassenfeind. Damit liess sich fast alles rechtfertigen. Für Verbote und offene Zensur müsste man heute die Ideologie anpassen. Bis dahin wird gecancelt und weiter behauptet, dass wir Meinungsfreiheit haben.

Prof. Dr. Michael Meyen lehrt am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München.



[Druckversion bestellen](#)

Mit-Wirkende

Susanne Barkhan, Langenthal | Andreas Bögli, Langenthal | Philipp Buser, Langenthal | Pascal Dietrich, Langenthal | Thomas Grädel, Langenthal | Dora Hodel-Portmann, Orgnac-l'Aven | Jürg Hodel, Orgnac-l'Aven | Robert Ingold, Langenthal | Paul Krauer, Luzern | Margret Läderach Bögli, Langenthal | Rachel Maeder, Ittigen | Daniel Maeder, Ittigen | Ursula Neuhaus, Langenthal | Adrian Neuhaus, Langenthal | Hanspeter Niggli, Tschugg | Christine Ruckstuhl, Langenthal | Peter Ruckstuhl, Langenthal | Niklaus Schär, Langenthal | Guido Schwizer, Langenthal | Gottardo Spotti, Huttwil | Barbara Witschi, Rougement | Margarita Zemp, Amden | Werner Zemp, Amden | Günter Ziegenbein, Stuttgart | Robert Zuegg, Kilchberg